

## SÜDWESTRUNDFUNK SWR2 Interview der Woche – Manuskript

Autor: Claus Heinrich  
Gesprächspartner: Wilhelm Heitmeyer, Soziologe Universität Bielefeld  
Redaktion: SWR Studio Berlin  
Birgit Wentzien  
Sendung: Samstag, 28.08.2010, 18.30 – 18.40 Uhr, SWR2

# 2

SWR2 Interview der Woche vom 28.08.2010

SWR: Herr Professor Heitmeyer, Sie geben in schöner Regelmäßigkeit die Sammelbände über „Deutsche Zustände“ heraus. Wir erleben seit Jahren Debatten über alternde Gesellschaft, einen angeblich dekadenten Sozialstaat und jetzt über das angebliche Ende Deutschlands durch den verderblichen Einfluss und den Gefahren der Migration. Stichwort Sarrazin. Nimmt die soziale und mentale Spaltung und Ausgrenzung in Deutschland nach Ihrer Beobachtung zu?

W. H.: Also, es gibt in der Tat erhebliche Probleme. Und da müsste man, nach unserer Ansicht, immer wieder mit einer bestimmten Auffassung von Integrationsfähigkeit oder Desintegrationsgefahren einer Gesellschaft arbeiten. Und wir haben eine Theorie sozialer Desintegration um noch einmal auf bestimmte Gefahren hinzuweisen. In welcher Weise diese Gesellschaft integrationsfähig ist, ist nicht nur reserviert für Zugewanderte, sondern auch ein Teil der Mehrheitsgesellschaft ist nicht integriert. Jede Gesellschaft muss wenigstens drei grundlegende Aufgaben lösen. Erstens: Haben die Menschen Zugänge zu den Funktionssystemen wie Arbeit, Bildung, etc. Und das ist das Entscheidende eigentlich, haben sie auch subjektiv das Gefühl, dass sie daraus, aus diesen Zugängen, so etwas wie Anerkennung für sich selbst heraus entwickeln können. Das Zweite ist: Haben die Menschen Zugang zur Auseinandersetzung um öffentliche Angelegenheiten. Zur Durchsetzung etwa basaler Grundwerte wie Gerechtigkeit, Fairness, Solidarität, oder werden sie nicht gehört. Haben sie eher das Gefühl von politischer Einflusslosigkeit, Machtlosigkeit. Denn das ist gefährlich, auch für die moralische Anerkennung, die man braucht, um als gleichberechtigter Bürger da zu stehen. Und Drittens: Geht es darum, dass Menschen natürlich stabile Zugehörigkeiten brauchen, zu Familien, zu Milieus, etc. Und daraus so etwas wie emotionale Anerkennung zu bekommen. Und unser Ansatz ist, dass es immer dann, wenn es zu negativen Anerkennungsbilanzen kommt, dass es dann bei den Menschen problematische Reaktionen gibt. Etwa gegenüber schwachen Gruppen in der Gesellschaft, das heißt, die eigene Aufwertung wird durch Abwertung anderer betrieben. Und dann kommen ganz unterschiedliche Gruppen ins Visier. Das können Zugewanderte sein, es können aber auch Homosexuelle sein. Das können Muslime sein. Und dann hängt es davon ab, welche Mobilisierungsexperten wir in dieser Gesellschaft haben. Dies alles vor dem Hintergrund, dass wir tatsächlich eine materielle Spaltung in der Gesellschaft haben. Und es gibt ja auch die These, die

besagt, dass jetzige Sparpaket ist nach wie vor eine Umverteilung von unten nach oben.

SWR: Bleiben wir bei Thilo Sarrazin. Warum sind eigentlich immer solche Tabubrecher, Provokationen notwendig, bevor solche Debatten in der Öffentlichkeit breit diskutiert werden, oder täuscht das Bild?

W. H.: Auf der einen Seite hat man sich jahrelang selbst etwas in die Tasche gelogen, das muss man deutlich sagen. Das waren aber nicht nur die Deutschen, das waren auch vor allem die Niederländer, und die müssen auch dafür bezahlen. Das Zweite ist: Man muss daran erinnern wie diese Migration zustande gekommen ist. Diese Migration ist durch die deutsche Industrie zustande gekommen. Und sie hat sich diese Migranten-Gruppen ausgesucht. Und sich da frühzeitig um ein Integrationskonzept zu kümmern, das ist dann politisch verhindert worden. Und insofern sind die Themen lange Zeit unter der Decke gehalten worden. Auch andere Themen mit fundamentalistischen Orientierungen. Und man ist immer bestraft worden. Wir haben 1997 eine Untersuchung gemacht über türkische Jugendliche und Fundamentalismus, da wollte es auch niemand wissen und es gab Riesenprobleme. Nein, was Herrn Sarrazin angeht ist einfach die Frage, in welcher Wortwahl er dieses auf die Tagesordnung bringt. Er bedient ganz eindeutig ein rechtspopulistisches Potential, was ohnehin in der Bundesrepublik vorhanden ist. Und nach unseren Untersuchungen, und wir untersuchen das nach den Indikatoren Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und autoritäre Aggression, also Straflust sozusagen. Und da gibt es ein Potential von zwanzig Prozent in der Bevölkerung, die nach ganz harten Kriterien solche Einstellungsmuster vertreten. Und wir können nur von Glück sagen, dass wir keine Mobilisierungsexperten, wie in den Ländern um uns herum, ja fast überall inzwischen, vorhanden sind. Und der Kulturwissenschaftler Bolz von der TU Berlin hat kürzlich in einem Beitrag des Tagesspiegel geschrieben, es müsse doch jetzt mal darüber nachgedacht werden, dass eine Partei rechts von der CDU aufgebaut würde. Und daran merkt man, wie sich das möglicherweise tatsächlich über diese Themenstellung dann realisiert. Oder die CDU rückt dann nach rechts, nach dem Motto: Zwischen uns und der Wand darf sich keine Partei entwickeln. Ich weiß nicht wohin die Debatte läuft. Aber diese Verbindung von Klassenkampf von oben, und diesen zugespitzten Positionierungen mit einer wirklich brachialen Wortwahl ist schon bedenklich. Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass man die Themen seriös auf die Tagesordnung bringt. Denn es ist völlig klar, jede Gesellschaft ist eine Konfliktgesellschaft und eine ethnisch-heterogene zumal. Und das was wir versäumt haben ist, diese Konflikte frühzeitig, ich meine ich habe mich immer relativ früh darum gekümmert, aber wer hört schon zu. Und die Konflikte müssen auf den Tisch, denn Konflikte können auch integrieren. Denn in den Konflikten, wenn sie vernünftig ausgetragen werden, steckt auch immer die Anerkennung des anderen drin. Aber das muss natürlich auf Augenhöhe passieren. Und was hier jetzt passiert, über Sarrazins und andere, mit der entsprechenden Wortwahl, nicht der Themenstellung, dass ist was völlig anderes. Aber bei der Wortwahl kann sich schon eine Sammelbewegung heraus kristallisieren.

SWR: Habe ich Sie richtig verstanden, Sie sehen einerseits, dass sagen wir mal, das klassisch rechtskonservative, rechtspopulistische Potential, dass Sie mit einer Größenordnung von zwanzig Prozent beschrieben haben und da verhandeln Sie aber auch die obrigkeitsstaatlichen, sozialpopulistischen Antisozialstaatstiraden, zum Beispiel aus dem liberalen Lager, das gehört da mit rein?

W. H.: Ja, aus dem liberalen Lager ist es nun nicht so, dass dort nationalpopulistisch, wie etwa in den Niederlanden, argumentiert wird. Also zum Rechtspopulismus gehört immer ein Stückweit ein unterschwelliger Nationalismus, den höre ich da bisher nicht. Nur gegen den Sozialstaat, in der jetzigen Verfassung, und dann wenn dazu noch diese ganze irrsinnige Steuersenkungsdebatte hinzu kommt, dann entsteht ein sehr unübersichtliches Gelände. Und da ist die Frage, ob sich dort Mobilisierungsexperten dranhängen.

SWR: Sie sagen also, man muss sich den Themen stellen und wahrscheinlich denken Sie da auch an die Tabuisierung der Forderung, dass Migranten Deutsch lernen müssen, das war ein Tabu. Das linksalternative Multikulturmilieu, das jahrelang gesagt hat darüber darf man nicht sprechen. Aber jetzt ist aber die Erkenntnis gereift, dass zur Integration Deutschkenntnisse selbstverständlich dazu gehören. Und muss man ähnliche Lerneffekte erwarten über die Themen die Herr Sarrazin gerade verhandelt?

W.H.: Ja, ich meine die Themen sind ja im Grunde da. Nur die Frage ist: Wie verletzend werden diese Themen auf die Tagesordnung gebracht. Und – wie gesagt – ich bin auch sehr kritisch zu manchen Verhaltensweisen die sich in dem Migranten-Milieus abspielen. Da muss man einfach auch sagen, an manchen Stellen ist die Auseinandersetzung einfach nicht gelaufen. Also, die Themen sind im Grunde auf dem Tisch. Die Frage ist nur: Wie macht man's und wie gefährlich ist das für Sammelbewegungen.

SWR: Nun kann man natürlich, sage ich mal, auf Provokation reagieren. Man kann harten Protest dagegen steuern, man kann Toleranz und Gleichmut von den Diskutanten erwarten, wenn man ernsthaft über die Themenmigration beispielsweise reden will, oder auch über alt gegen jung, also das Generationenmodell. Was empfehlen Sie?

W.H.: Zum einen habe ich ja einleitend gesagt: Es geht darum, dass die Bürger eine Stimme haben und auch das Gefühl haben, an diesen zentralen Kernwerten wie Solidarität, Gerechtigkeit, Fairness mit zu debattieren. In unseren Untersuchungen kommt gerade im letzten Jahr vor dem Hintergrund von Krisen doch dabei heraus, dass um die 60/65 Prozent nicht mehr daran glauben, dass diese Kern-Norm dieser Gesellschaft tatsächlich noch realisiert werden können. Und das ist ein Alarmzeichen für gesellschaftliche Spaltungen oder Desintegrationsprozesse. Das heißt, wir müssen uns auch mit der Frage auseinandersetzen: Was hält eigentlich diese Gesellschaft zusammen? Und dazu gehört die Sozialpolitik, dazu gehören auch dann öffentliche Debatten, bei denen Menschen eine Stimme haben oder ihre Gruppe, der sie sich zugehörig fühlen. Wir stellen fest, die politische Einfluss- oder Machtlosigkeit ist ein ganz harter Indikator auch beispielsweise für Fremdenfeindlichkeit oder für die Abwertung schwacher Gruppen, die gerade nicht zu den Leistungsträgern, so wie das ja heute immer wieder gesagt wird, aus dieser Gesellschaft gehören, aus ganz unterschiedlichen Gründen. Also, es ist schon wichtig, dass die Demokratie, wenn man so will, zurückerobert wird.